

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Michael Meister, Heinz Seiffert, Otto Bernhardt, Leo Dautzenberg, Georg Fahrenschon, Klaus-Peter Flosbach, Olav Gutting, Ernst Hinsken, Volker Kauder, Manfred Kolbe, Patricia Lips, Hans Michelbach, Stefan Müller (Erlangen), Peter Rzepka, Norbert Schindler, Christian Freiherr von Stetten, Elke Wülfing und der Fraktion der CDU/CSU**

### **Herausforderungen der Globalisierung annehmen, Unternehmenssteuern modernisieren, Staatsfinanzen durch mehr Wachstum sichern**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Wirtschaftswachstum der deutschen Volkswirtschaft ist seit Jahren deutlich niedriger als in den anderen EU-Mitgliedsländern. Es ist somit nicht verwunderlich, wenn der Wohlstand der Menschen, gemessen als Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt, deutlich gesunken ist. Lag Deutschland noch 1992 im europäischen Vergleich auf Rang 3 der europäischen Wohlstandsskala – besser lagen nur Luxemburg und Österreich – ist Deutschland im Pro-Kopf-Einkommensvergleich nicht einmal mehr EU-Durchschnitt. Nur noch die Südländer haben ein niedrigeres Niveau.

Viele Menschen in Deutschland haben berechtigte Existenzsorgen. Entweder fürchten sie den Verlust ihres Arbeitsplatzes oder die Insolvenz ihres Unternehmens. Für rund 39 000 Unternehmer hat sich dieses Schicksal im letzten Jahr bereits verwirklicht, und derzeit sind rd. 6,5 Millionen Menschen in der offiziellen Arbeitslosenstatistik oder in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Angesichts der kürzlich im Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute nach unten korrigierten Wachstumserwartungen ist Besserung auch in diesem Jahr nicht in Sicht. Die Forschungsinstitute prognostizieren nur noch ein Realwachstum von 0,7 Prozent, und die EU-Kommission bestätigt diese Erwartung mit 0,8 Prozent.

Trotz dieser miserablen Rahmendaten verbreitet die Bundesregierung nach wie vor eine Wohlstandsillusion und redet die Lage schön. Sie beharrt darauf, dass weitergehende Strukturreformen nicht notwendig seien, obwohl um uns herum die Staaten ihre Standortbedingungen zum Teil deutlich verbessert und an Attraktivität gewonnen haben. Kein Wunder, dass sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit März 2001 um rd. 1,5 Millionen verringert hat. Im April 2005 gab es nur noch knapp 26,2 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die die sozialen Sicherungssysteme für über 80 Millionen Bundesbürger finanzieren sollen.

In dieser Situation müssen die Kräfte der sozialen Marktwirtschaft neu belebt werden. Nicht die Umverteilung des geringer werdenden Wohlstandes und das Schüren von Ängsten sind die richtigen Antworten auf die Herausforderungen

dieser Zeit, sondern – um es mit Ludwig Erhardt zu sagen – der Wohlstandskuchen muss vergrößert werden. Das heißt, wir müssen all unsere Kräfte darauf richten, das wirtschaftliche Wachstum zu steigern, um ein größeres Brutto-sozialprodukt zu erwirtschaften; denn letztlich kann nur das dauerhaft verteilt werden, was unsere Volkswirtschaft zuvor erarbeitet hat. Dies gilt es, als Herausforderung unserer Zeit und als Chance zu begreifen.

Unser Ordnungsmodell der sozialen Marktwirtschaft und die Integration in eine weltweit arbeitsteilige Wirtschaft haben Deutschland nach dem 2. Weltkrieg einen immensen Wohlstandszuwachs ermöglicht. Deutschland kann und darf sich nicht abkoppeln von technischem Fortschritt und Globalisierung, um einem beschleunigten Strukturwandel auszuweichen. Die Folge wäre ein weiterer Wohlstandseinbruch. Die Herausforderungen der Globalisierung und der Öffnung der Märkte offensiv anzunehmen, sind der einzige Weg, um den Wohlstand und die dadurch erst mögliche soziale Absicherung der Menschen zu bewahren.

Deshalb sind umfassende Strukturreformen notwendig, die den Arbeitsmarkt flexibilisieren, die sozialen Sicherungssysteme erneuern, die überbordende Bürokratie abbauen und nicht zuletzt das Steuerrecht umfassend reformieren. Deshalb haben CDU und CSU den Bundeskanzler zu einem Pakt für Deutschland gedrängt, damit angesichts der Krise auf dem Arbeitsmarkt endlich die erforderlichen Weichenstellungen erfolgen. Leider war das Ergebnis nicht befriedigend, weil der Bundeskanzler angesichts mangelnder Mehrheiten im eigenen SPD-Lager für grundlegende Reformen nicht aufgeschlossen war.

Die von der Bundesregierung nunmehr beschlossenen Maßnahmen im Steuerrecht beschränken sich auf eine Körperschaftsteuersatzsenkung und eine verbesserte Anrechnung der ohnehin fragwürdigen Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer.

Deutschland braucht jedoch eine durchgreifende Steuerreform mit einer Senkung der Steuerlast für alle Unternehmen auf ein internationales Niveau. Die Unternehmenssteuerlast muss rechtsformneutral ausgestaltet werden, da sonst insbesondere der Mittelstand als der Jobmotor in Deutschland nicht entlastet würde. Dazu zählt, die seit dem 19. Jahrhundert existierende Gewerbesteuer als ein Steuerreform- und Wachstumshindernis endlich durch eine moderne Kommunalfinanzierung zu ersetzen, anstatt nur ihre Anrechnung auf die Einkommensteuer zu verbessern. Auch in Sachen Vereinbarkeit des Unternehmenssteuerrechts mit dem europäischen Recht tut die Bundesregierung nichts anderes als abwarten, statt sich um zukunftsfähige Lösungen zu bemühen. Die Verschärfung der wirtschaftspolitisch und steuersystematisch falschen Mindestbesteuerung widerspricht gerade dem Ziel des so genannten Job-Gipfels, mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze schaffen zu wollen. Und schließlich zeigt die späte Vorlage des Gesetzentwurfs und das Zögern um die Vorlage einer Regelung, mit der Betriebsübergänge erbschaftsteuerlich erleichtert werden sollen, dass die Bundesregierung nicht wirklich hinter den Ergebnissen der Vereinbarungen vom März 2005 steht. Wer öffentlich Kapitalismuskritik übt und Unternehmer mit Heuschrecken vergleicht, hat wenig Neigung, für diese international wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen zu schaffen. Deswegen haben sich die CDU/CSU-Fraktion und Bayern zur Vorlage eines eigenen, gemeinsamen Gesetzentwurfs entschlossen.

Von den Maßnahmen der Bundesregierung wird kein Aufbruchsignal ausgehen. Deshalb werden hieraus auch kein nennenswertes Wachstum und keine zusätzlichen Arbeitsplätze resultieren. Aus diesem Grund ist eine solide Gegenfinanzierung erforderlich, um die Defizite in den öffentlichen Haushalten nicht noch weiter zu erhöhen. Eine Reihe der vorliegenden Gegenfinanzierungsmaßnahmen beruht jedoch auf dem Prinzip Hoffnung. So ist es mehr als fraglich, ob die Unternehmen ihre Grundstücke zum halben Steuersatz veräußern werden, obwohl sie dies auch steuerneutral tun können. Ebenso fragwürdig ist angesichts

der das Vertrauen des Unternehmenssektors zerstörenden Kritik des SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzenden Franz Müntefering die Annahme, dass ein größeres nationales Steuersubstrat wieder in Deutschland besteuert wird.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- ein Gesamtkonzept für eine durchgreifende und umfassende Steuerstrukturreform mit den Zielen Steuervereinfachung, breite Bemessungsgrundlage und niedrigere Sätze vorzulegen,
- in diesen Rahmen ein Konzept für eine grundsätzliche rechtsformneutrale Unternehmenssteuerreform einzubetten, die Unternehmen international wettbewerbsfähig belastet,
- im Rahmen der anstehenden parlamentarischen Beratungen des Entwurfs eines „Gesetzes zur Verbesserung der steuerlichen Standortbedingungen“ zeitnah ergänzende Einsparvorschläge mit dem Ziel einer soliden Gegenfinanzierung der beabsichtigten Senkung des Körperschaftsteuersatzes vorzulegen und
- die soziale Marktwirtschaft in Worten und Taten durch Reformen zu bekräftigen und nicht länger durch eine allgemeine Kapitalismuskritik zu schädigen.

Berlin, den 10. Mai 2005

**Dr. Michael Meister**  
**Heinz Seiffert**  
**Otto Bernhardt**  
**Leo Dautzenberg**  
**Georg Fahrenschon**  
**Klaus-Peter Flosbach**  
**Olav Gutting**  
**Ernst Hinsken**  
**Volker Kauder**  
**Manfred Kolbe**  
**Patricia Lips**  
**Hans Michelbach**  
**Stefan Müller (Erlangen)**  
**Peter Rzepka**  
**Norbert Schindler**  
**Christian Freiherr von Stetten**  
**Elke Wülfing**  
**Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion**

